

Litauische Rundschau

Preis Einzeln. 50 Pf.

Einzig deutsche Tageszeitung in Litauen.

Organ der Partei der Deutschen Litauens!

Geschäftl. u. Redaktion: Kowno, Keistučio g-vė Nr. 4.
Telephon Nr. 323. Postfach Nr. 25.
Telegrammadresse: Litru Kaunas.
Postscheckkonto Königsberg i/Pr. Nr. 13680.
Geschäftsstunden: von 8—12 Uhr vormittags u.
von 4—7 Uhr nachmittags.

II. Jahrgang.
Nr. 26.

Kowno, Freitag, 11. Februar 1921.

Die „Litauische Rundschau“ erscheint täglich ausser Montags.
Abonnementspreis fürs Inland per Post und Ausgabestellen
für 1 Monat — 10. M. Für 3 Monate — 30 M. Fürs Ausland
für 1 Monat — 25 M. Für 3 Monate — 75 Mark.
Anzeigen kosten: die Kleinzeile oder deren Raum 2 Mark.
an bevorzugter Stelle (über dem Anzeigetrich) 4 M. 50. Pf.
Reklame die Zeile 3 Mark.
Preisaenderungen behält sich die Redaktion vor.

Die Schweiz lässt die Durchführung von Ententetruppen für Wilna nicht zu.

BERN, 8. 2. (Elta).

Der Bundesrat nahm zur Frage des Durchtransportes der für das Abstimmungsgebiet von Wilna bestimmten Völkerbundtruppen Stellung und kam zu dem Schluss, dass die Schweiz grundsätzlich in keinem Falle verzichte, den Durchtransport zuzulassen. In vorliegenden Falle kam der Bundesrat zu dem Entschluss, dass Gesuch, die zur Durchführung der Volksabstimmung nach Wilna zu entsendenden Völkerbundtruppen durch die Schweiz durchzulassen, abzulehnen.

Diese ablehnende Haltung ist das Ergebnis einer Interpellation, die der Abgeordnete Brügger zur Zeit des Krieges schweizerischer Generalstabsoffizier, in Parlament eingebracht hat. Brügger interessierte sich sehr für die litauische Frage und hat den Direktor des Informationsdepartements unseres Ministeriums des Ausseren, als er sich in der Schweiz aufhielt, wiederholt zu sich gebeten und sich eingehend über Litauen unterrichten lassen. Brügger hat in der Schweizer Presse unzweideutig darauf hingewiesen, wie rechtswidrig das Verhalten der Polen gegenüber Litauen ist und dass die Schweiz die Durchführung der für das Abstimmungsgebiet von Wilna bestimmten Truppen des Völkerbundes nicht zulassen dürfte.

Polnische Bemühungen um „Mittellitauen“

Warschau, 9. 2. (Elta).

Nach einer Warschauer Radiomeldung hat die polnische Regierung „Mittellitauen“ eine Anleihe zur Hebung der wirtschaftlichen Lage angeboten.

Die Verwaltung „Mittellitauens“ wird in Kürze mit der Verwaltung Polens vereinigt werden.

Der litauisch-polnische Konflikt und der Völkerbundsrat.

Berlin, 9. 2.

Wie das Berliner „Elta“-Büro meldet, ist der litauisch-polnische Konflikt auf die Tagesordnung der Sitzung des Völkerbundsrates vom 21. Februar gesetzt worden.

Schlägt ihm das Gewissen?

Basel, 9. 2. (Elta).

Nach einer Meldung der „Basler Nachrichten“ aus Berlin hat Pilsudski auf seiner Fahrt nach Paris, entgegen seinem anfänglichen Vorsatz, es vermieden, Berlin zu berühren und seinen Weg über Kottbus—Halle—Hannover genommen, wie es heisst, um etwaigen Demonstrationen aus dem Wege zu gehen.

Aus dem polnischen Seim.

Warschau 8. 2. (Elta)

Nach einer Warschauer Radiomeldung beschäftigte sich der polnische Seim in seiner Sitzung vom 6. Februar fast ausschliesslich mit der Beratung der Konstitution, die in zweiter Lesung beendet wurde.

Die Mehrzahl der Paragraphen wurde in der von der Kommission vorgeschlagenen Fassung angenommen. In der Frage der Präsidentenwahl wurde beschlossen, dass die Volksvertretung, bestehend aus dem Seim und dem Senat, die Wahl vornehmen soll. Ebenso wurde eine Bestimmung aufgenommen, wonach im Falle eines Krieges die Führung des Meeres nicht in den Händen des Präsidenten liegen soll.

Der Vorsitzende des Seims stellte fest, dass der Entwurf gemäss der Geschäftsordnung an die Kommission zurückverwiesen wird, dass man aber hoffen könne, der Seim werde im Laufe eines Monats die Verfassung endgültig annehmen.

Nach einer weiteren Meldung aus Warschau herrscht in den Kreisen des polnischen Seims die Tendenz, die dritte Lesung der Verfassungsvorlage noch vor Ostern zu beenden.
Pilsudskis Rückkehr nach Warschau wird für den 8. Februar erwartet.

Von der Pariser Konferenz.

Weitere deutsche Proteste.

Der 41 Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung umfassende Deutsche Gewerkschaftsbund protestiert gegen die Pariser Beschlüsse u. a. wie folgt:

Vom Standpunkt der schaffenden Arbeit, insbesondere der lediglich auf die Anstrengungen von Kopf und Hand für ihren Unterhalt angewiesenen Arbeitnehmer, gibt es auf die wirtschaftlichen Erdrosselungsversuche des Pariser Reparationspassus nur die eindeutige Antwort: Nein! Dass gilt von den vertragswidrigen Zumutungen, wie dem Verlangen 42 jähriger Zahlungen für Summen, die in der vertraglichen 30 jährigen Höchstdauer der Belastung aus Deutschland herauszuholen sogar die Entente für unerfüllbar ansieht; es gilt allgemein von der willkürlichen Festsetzung der Summen, ohne Rücksicht auf die Vertragsverpflichtung, sie dem Deutschen Reiche auf Grund wirklicher, im einzelnen nachzuweisender Schadensersatzansprüche zu bemessen. Vor allem gilt es von dem Verlangen einer zwölfprozentigen Ausfuhrabgabe zugunsten der gegnerischen Staaten, welche die deutsche Volkswirtschaft in einen Frondienst für das feindliche Ausland, die deutsche Ausfuhr zum wertlosen Scahten einer solchen und die Ernährung weitester Kreise unseres Volkes zu einem unabwehrbaren Hungerdasein herabzudrücken droht. Der im Verein damit erhobene Anspruch auf Zollkontrolle einschliesslich der Ermächtigung für den Wiederherstellungsausschuss, gegebenenfalls Zollerhöhungen vorzuschreiben, würde, von der darin liegenden Herabwürdigung eines Kulturvolkes zu einem afrikanischen oder asiatischen Vasallentum ganz abgesehen, vollends jede wirtschaftliche Lebensmöglichkeit unserer Nation in der Hände der Entente geben.

Sklaverei will der Deutsche, werden unsere deutschen Arbeiter und Angestellten niemals tun! Namens der zwei Millionen im Deutschen Gewerkschaftsbunde vereinigten Arbeiter, Angestellten und Beamten fordern wir alle Parteien, Berufsverbände und sonstigen für Deutschlands Zukunft mitverantwortlichen Organisationen auf, die Regierung in ihrem schweren Abwehrkampfe nachhaltig zu unterstützen und in dieser höchsten Not Schicksalsfragen der Nation endlich über alle inneren Gegensätze, über die Rücksicht auf Wahlen und kleinliche Tagesbedürfnisse zu stellen.

Zu der bevorstehenden Konferenz in London.

Paris, 7. 2. (Elta).

Wie „Intransigeant“ meldet, wird die französische Regierung auf der Londoner Konferenz durch die Minister Briand und Doumer vertreten sein.

Aus einem Bericht der „Morning Post“ geht hervor, dass der deutsche Minister des Ausseren, Dr. Simons, noch keinen Beschluss über die Entsendung einer Abordnung zu den Verhandlungen in London gefasst hat.

Harding und Versailles.

London, 5. Februar. Einer der einflussreichsten amerikanischen Senatoren Amerikas hat dem Korrespondenten der „Morningpost“ über die Pariser

Hardings folgende Erklärungen gegeben: Der Ausgangspunkt der Politik des neuen republikanischen Regimes wird die Aufhebung aller politischen Verpflichtungen in Europa sein. Wir werden vor allem einen Sonderfrieden mit Deutschland schliessen. Dann wird für die Vereinigten Staaten auch der Vertrag von Versailles nicht mehr bestehen. Indem wir die Ratifizierung des Vertrages von Versailles ablehnen, ziehen wir uns von dem Bündnis mit den Alliierten zurück. Auf die Frage ob sich Amerika dem Völkerbunde anschliessen werde, erwiderte der Senator, Amerika bleibe absolut ausserhalb des Völkerbundes.

Wirtschaftliches aus Räterussland.

Moskau, 8. 2.

Nach einer Meldung des „Ekonomitscheskaja Shisn“ werden infolge der durch den Krieg geschaffenen kritischen Lage im Wirtschaftsleben viele Fabriken geschlossen. Die Mehrzahl der geschlossenen Fabriken entfällt auf die Metallindustrie, die Zahl der dadurch erwerbslos gewordenen Arbeiter beträgt etwa 7—8000 Mann.

Auf dem zweiten Bergarbeiterkongress in Moskau teilte Baschanow mit, dass in den Kohlengruben des Donbeckens die Frage der Beschaffung von Arbeitskräften immer schwieriger wird. Bei 133 000 Arbeitern im Jahre 1920 gegenüber 168 000 Arbeitern im Jahre 1913 beträgt die Förderungen an Kohlen nur etwa ein Sechstel der Förderung von 1913. Der Grund dafür ist in den schwierigen Arbeitsverhältnissen und dem grossen Mangel an Maschinen zu suchen, wodurch die Arbeiter gezwungen sind, die früheren mechanischen Arbeit der Maschinen durch Handarbeit zu ersetzen.

Gubkin machte Mitteilungen über die Petroleumindustrie. Während des Krieges begann die Produktion bedenklich zu fallen und führte schliesslich zu einer Krisis in aller Produktionsgebieten.

Aus dem Angaben Karinzews über die Salzproduktion ist zu entnehmen, dass diese von 115—120 Millionen Pud im Jahre 1913 auf wenig mehr als 20 Millionen Pud in Jahre 1920 gesunken ist. Gegen das Jahr 1913 ist die Zahl der Arbeiter auf etwa ein Viertel gesunken, die Leistungsfähigkeit der einzelnen Arbeitskraft hat sich gleichfalls von 175 auf 115 Pud vermindert.

Tomski sprach über die Pflichten der Gewerkschaften hinsichtlich der Organisation der Produktion. Er führte aus, dass die Verstaatlichung der Gewerkschaften unter Berücksichtigung der realen Lebensverhältnisse automatisch vor sich gehe. Der Prozess der Verstaatlichung erfolge auf dreierlei Art: Durch Entsendung von Vertretern der Gewerkschaften in die staatlichen Organe, durch die Bildung von entsprechenden Körperschaften zusammen mit den staatlichen Organen und durch die Übernahme einer ganzen Reihe von staatlichen Aufgaben und Funktionen. Der Berichtstatter betonte ferner, dass die geringe Kraft der Gewerkschaften in den unaufhörlichen Mobilisierungen ihre Ursache habe, und wies darauf hin, dass die Gewerkschaften nur schwer von ihrem Rechte, an dem wirtschaftlichen Leben teilzunehmen, Gebrauch machen könnten, da es ihnen an Mitgliedern fehle. (Elta).

Berliner Börse.

Die Kursnotierungen vom 9. Februar waren bis Redaktionschluss von Königsberg noch nicht übermittelt.

Die Redaktion.

